

Entlastung von Lehrkräften: dbb berlin unterzeichnet Vereinbarung mit der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie

Am 19. Mai 2026 hat der dbb Landeschef Frank Becker nach Rücksprache mit den zuständigen Bildungsgewerkschaften im dbb berlin eine Vereinbarung zu Maßnahmen zur Entlastung von Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern im Ganztage mit der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie Katharina Günther-Wünsch unterzeichnet.

Diese Vereinbarung trägt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an Berliner Schulen bei.

Für **Lehrkräfte** bedeutet die Vereinbarung unter anderem:

- eine weitere Entlastungsstunde für Lehrkräfte ab dem auf die Vollendung des 63. Lebensjahres folgenden Schuljahr
- mehr Unterstützung in der Schulanfangsphase durch neue Stellen für Doppelsteckungen und kleinere Lerngruppen für Schulen in herausfordernden Lagen
- einen zusätzlichen Studientag zur digitalen Schulentwicklung für die Schuljahre 2026/2027 und 2027/2028
- einen unterrichtsfreien Tag für Lernentwicklungsgespräche an Grundschulen
- mehr Zeit für Klassenleitungsaufgaben an Grundschulen und Primarstufen

die gemeinsame Verständigung, multiprofessionelle Kollegien über die Regelausstattung hinaus langfristig zu sichern

Für **Erzieherinnen und Erzieher im Ganztage** bedeutet die Vereinbarung unter anderem:

- zusätzliche Investitionen in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Raumqualität im Ganztage
- eine stärkere Einbindung koordinierender Erzieherinnen und Erzieher bei fachlichen Entscheidungen
- die Umbenennung der „eFöB“ in „Bildung, Erziehung und Betreuung – BEB“ zur stärkeren Sichtbarmachung des Bildungsauftrags im Ganztage allgemeine Regelungen für personelle Not- und Vertretungssituationen im Ganztagsbereich In der Vereinbarung wurden darüber hinaus weitere gemeinsame Erörterungen verabredet.. dbb.berlin.de

Beamtenpolitisches Grundsatzgespräch bei Finanzsenator Evers Besoldungsreparatur - Zeitpunkt ungewiss

Keine Klarheit, wann die vom Bundesverfassungsgericht aufgegebene Reparatur der Berliner Besoldung sich konkret in den Portemonnaies der Beschäftigten bemerkbar machen wird, brachte ein Grundsatzgespräch, das die dbb Landesleitung am 13. Mai 2026 mit Finanzsenator Stefan Evers geführt hat.

Zu groß seien die Unwägbarkeiten für eine derartige Prognose, meinte Evers. So stehe die politische Diskussion über die drei Reparaturmodelle, die sein Haus - abhängig von den Widersprüchen der Betroffenen - erarbeitet habe noch gänzlich aus. Auch dürfte sich die Sichtung der in den Jahren von 2008 bis 2020 gegen die Besoldung eingelegten Widersprüche noch bis Jahresende hinziehen. Schließlich biete sich zunächst auch noch der Austausch mit anderen Bundesländern an, die ebenfalls Ansprüche wegen Verstoßes gegen die amtsangemessene Alimentation zu befriedigen haben. Die Verabschiedung des Dienstrechtsreformgesetzes II könne dagegen noch vor Ablauf der Legislaturperiode gelingen.

Die zweite Jahreshälfte sei schließlich für eine deutliche Beschleunigung der Beihilfenbearbeitung dank eines KI-basierten Arbeitsprozesses avisiert. Das entsprechende Modul stünde kurz vor der Fertigstellung.

Die dbb Landesleitung mit Frank Becker, Thomas Goiny und Martina Riedel hatte bei dem Gespräch in allen drei Problemkreisen auf schnelle Lösungen gedrängt. www.dbb.berlin/aktuelles/news/besoldungsreparatur-zeitpunkt-ungewiss/